



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/NI/252 - 31. Oktober 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 868 890

Hinweise

zum Inhalt:

Die englisch-französische Intervention	S. 1
Italiens Sozialisten und die Budapestler Ereignisse	S. 3
Die politische Situation und die Preise	S. 5
CEU-Wahlreaktion, ganz inoffiziell	S. 6
Adam Risse und die FAZ	S. 8

"Glücksspiel"

sp. Eine ungeheure Spannung, ausgehend von der englisch-französischen Militärintervention im ägyptisch-israelischen Konflikt, überschattet zur Zeit jedes andere Ereignis, selbst die Vorgänge in Ungarn und - in den USA - auch die Präsidentschaftswahlen, die in wenigen Tagen stattfinden. Der Ablauf der Geschehnisse hat inzwischen dramatische Formen angenommen, jede Stunde kann eine neue Wendung, zum Guten wie zum Bösen, bringen.

Die politische Parallellaktion zu den militärischen Ereignissen in der Nähe des Suez-Kanals spielte sich im Weltfriedensrat in New York ab. Hier bot sich das gänzlich neuartige Bild eines amerikanischen-sowjetischen Zusammengehens gegen eine englisch-französische Front. Der amerikanische wie der sowjetische Vertreter forderten den sofortigen Rückzug der israelischen Truppen aus Ägypten, was bei den europäischen Westmächten keine Unterstützung fand. England wie Frankreich legten gegen eine amerikanische und kurz darauf auch eine russische Resolution, sich einer Anwendung von Gewalt oder einer Drohung mit Gewalt in Ägypten in jedem Fall zu enthalten, ihr Veto ein. Mehr noch: der Amerikaner wie der Russe näherten sich auch in ihrer Argumentation weitgehend mit dem fast wörtlich übereinstimmenden Hinweis, niemand dürfe die gegenwärtige Lage dazu benutzen wollen, aus ihr Vorteile für die eigenen Interessen zu ziehen.

In den Vereinigten Staaten häufen sich die Stimmen, die meinen,

Großbritannien und Frankreich begründete im Grunde den Angriff Israels als willkommene Gelegenheit zur Entladung von Truppen in das Gebiet des Suez-Kanals. Andere gehen einen Schritt weiter und vermuten, dass London und Paris Israel sogar zu dem präventiven Vorgehen gegen Ägypten ermuntert haben. Solche Deutungen kommen nicht von ungefähr.

Die britische und die französische Regierung berufen sich bei ihrem Vorgehen auf einen auch von den USA unterzeichneten Vertrag vom Frühjahr 1950, in welchem sie sich verpflichteten, für den Frieden im Nahen Osten einzutreten und nach Cyper jeder Aggression zu Hilfe zu kommen. Aber hier hagert es schon, voraus auch die britische Opposition im Unterhaus aufmerksam macht. Das Cyper einer Aggression in Sinne des erwähnten Vertrages könnte ja, nach allem, was in den letzten Tagen vorgefallen ist, nur Ägypten sein. Man hat sich aber der ägyptische Kopierapparat kassiert in aller Eile gegen eine solche "Hilfe" gewandt. Orientier will es nicht zu ihnen gehören, daß zu ihrem Glück Rettungen werden, und bereits hat die französische Regierung schon vor einiger Zeit unmissverständlich erklärt, im Falle eines ägyptisch-israelischen Konflikt werden sie auf Seiten Israels stehen. Was alles sagt, wie widerspruchsvoll die Situation ist und auf wie schmalen Füßen die englisch-französische Beweisführung steht. Auch liegt der Verdacht nahe, dass die Lösung der amerikanischen Bewegungsfreiheit durch die unmittelbar bevorstehenden Freistimmwahlen die beiden Mächte zu ihrem breiteren Schritt mit veranlaßt hat.

Schon in der ersten Phase des Konfliktes um den Suez-Kanal stellte sich heraus, dass Großbritannien und auch noch Frankreich vor allem daran interessiert waren, den ägyptischen Diktator zu beseitigen. Daran waren sie zunächst durch die amerikanischen Zögern und durch die zeitweiligen Verhandlungen in Wien gestört worden. Die damalige Irrführung der Staatsoberhäupter wurde auf Verhandlungen, nicht auf Aktionen, was uns und nur nicht mit der englischen und vor allem nicht den französischen Aktionen harmonisierte. Das israelisch-ägyptische Konflikt schafft nun die einmalige Gelegenheit zur Aktion. Sie ist noch nicht festgestellt, ob liberalen Menschen "Yemen Chronikler kein Druckspiel, nie den für einen und sollen." Man muss wohl hinzufügen, mit dem auch der Frieden steht und bleibt, zunächst in Nahen Osten, vielleicht aber auch der Frieden in der Welt.

"Ungarn liegt Eurer Majestät zu Füßen."

PE - Rom, Ende Oktober

Die rasch aufeinanderfolgenden dramatischen Vorgänge in Warschau und in Budapest haben nicht nur in der italienischen Öffentlichkeit im allgemeinen starken Wiederhall gefunden, sondern insbesondere bei den Sozialisten der verschiedenen Schattierungen höchst interessante Kommentare ausgelöst. Hierbei sind vor allem die Divergenzen zwischen den Kenni-Sozialisten und den Kommunisten mit einer noch nie zuvor erlebten Heftigkeit zutagegetreten. Man wird in der Annahme kaum fehlgehen, dass die Ereignisse in Osteuropa nicht ohne schwerwiegende Folgen für die fernere Gestaltung der Beziehungen zwischen Linksozialismus und Kommunismus einerseits, für den Fortschritt der Wiedervereinigungsbestrebungen zwischen Linksozialisten und Sozialdemokraten andererseits bleiben werden.

Während das kommunistische Parteiorgan "L'Unità" sich bemüht, die ungarische Revolution mit den abgegriffenen Schlagworten abzutun, die schonzeit für die Arbeiteraufstände in Berlin und in Posen gebraucht wurden - Schlagworte, die in Polen selbst bereits längst aufgegeben worden sind -, während da also von "faschistischen Gegenrevolutionären" und "kapitalistischen Hetzern" die Rede ist, schlägt der "Avanti!" Pietro Nenni in Zusammenhang mit den ungarischen Ereignissen wesentlich andere Töne an. Zwar war es nicht Nenni selbst, wohl aber Tullio Vecchiotti, der Chefredakteur der "Avanti!" und ein prominentes Mitglied der Partei, der in einem bemerkenswerten Artikel zu diesen Ereignissen Stellung nahm:

"Ungarn ist in den Abgrund des Bürgerkrieges verfallen," heisst es darin, "weil seine leitenden Männer völlig unfähig waren, rechtzeitig die Verantwortungen auf sich zu nehmen, die die innere wie äussere Lage zwingend erforderte. Rakosi wurde zu spät und gleichsam heimlich liquidiert. Gerö schwankte und hatte nicht den Mut, klar und offen einen neuen Kurs auch in den Beziehungen zu Jugoslawien einzuschlagen. Trotz der immer lauter anschwellenden Proteste der Intelligenz und trotz des Vorbeimarsches von 200 000 Ungarn an dem bang Rakosi klüben Regierung und Partei bis zuletzt - bis zum Ausbruch der Revolution - starr auf ihrem Standpunkt."

Der Artikel Tullio Vecchiottis schliesst mit folgenden, für das

Orgen der noch vor kurzen bedingungslos moskautreuen linkssozialistischen Partei höchst bemerkenswerten Betrachtungen:

"Man hat in Ungarn zu spät begriffen, dass die Entstalinisierung ein ganzes System betrifft, eine Regierungsmethode und die wirtschaftliche Organisation. Man hat zu spät begriffen, dass man den Sozialismus nicht aufbauen kann ohne eine wahre Gedankenfreiheit, ohne eine wahre Demokratie, ohne die freie und vollständige Ausübung der Bürgerrechte, ohne dauernden Kontakt mit Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, ohne ein unablässiges Lauschen auf die Stimme des Volkes."

Wenn schon das Blatt des Stalinpreisträgers Kenni derart starke Töne anschlägt, so kann es nicht überraschen, dass Giuseppe Saragat, der Führer der Sozialdemokraten, mit noch größerer Schärfe das russische Eingreifen in den ungarischen Aufstand brandmarkt.

Der Leitartikel Saragats trägt den charakteristischen Titel: "Ungarn liegt Duror Majestät zu Füßen". Es beruht auf die Meldung, die im Jahre 1849 der russische General Paskiewitsch dem Zaren Nikolau erstattete, nachdem er mit Hilfe seiner vom Wiener Hof zuhilfegerufenen Truppen den ungarischen Freiheitskampf unter Kossuth niedergeworfen hatte. "Hunderttauber Jahre später", schreibt Saragat, "wiederholt sich dieselbe Tragödie. Auch heute liegt Ungarn zu Russlands Füßen. Doch für wie lange?"

Das Lügengebäude, das die kommunistische Propaganda errichtet hat, um die westliche Arbeiterschaft zu betören, ist in Schmutz und Blut zusammengebrochen. Ein Regime wie das kommunistische in Ungarn, das fremde Soldaten zu Hilfe gerufen hat, um die eigenen Bürger niederzumetzeln, verkündet demittelbar schon seine eigene Schamlosigkeit. Nur die faschistischen Regime haben einen ähnlichen moralischen Tiefstand erreicht. Aber auch ein Land wie Russland, das ein Sechstel der bewohnten Erde umspannt, steigt dadurch, dass es seine Soldaten dazu hergegeben hat, wehrlose Bürger eines kleinen Landes abzuschlachten, auf das Niveau des nazistischen Regimes herab.

Die Extreme berühren sich: die totalitären Systeme, was immer ihr Ausgangspunkt sei, haben nur einen gemeinsamen Endpunkt: die Gewalt, den Terror, die Niederwerfung und den unversöhnlichen Haas ihrer Opfer..."

Preisstopp - heute?

FB. In einer Zeit, in der die Welt politisch in Bewegung geraten ist, sind die Preise besonders anfällig. Man denke nur an den Preisauftrieb anlässlich der Koreakrise. Damals hat es Jahre gedauert, um wenigstens die Spitzen des Preisauftriebes rückzubilden und geblieben ist ein generell gestiegenes Preisniveau.

In dieser Situation ist eine aktive Preispolitik der Bundesregierung um so nötiger. Bedauerlicherweise aber hat die Bundesregierung den Kohle- und Stahlpreiserhöhungen tatenlos zugesehen. Um so interessanter ist es, dass die CSU-Korrespondenz in diesen Tagen mitgeteilt hat, man erwäge in der Bonner Regierungskoalition einen zeitlich begrenzten Preisstopp in Form der Genehmigungspflicht für Preiserhöhungen.

Das ist ohne Zweifel ein grobes Geschütz zu dessen Anwendung man sich erst entschliessen sollte, wenn alle anderen Einflussnahmen der leichten Hand nicht mehr ausreichen. Diese Mittel sind aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft und gerade in der heutigen Lage ist es doppelt notwendig, an die sozialdemokratischen Vorschläge zu erinnern, die zum Teil vom Parlament noch nicht endgültig beschlossen, zum Teil abgelehnt worden sind.

Die Situation zwingt heute zu einer generellen Senkung des Zollniveaus. Die politische Lage mit ihren Gefahren für die Preispolitik erfordert eine Zollvollmacht für den Bundeswirtschaftsminister und es ist heute dringlicher denn je, einen Preistreibeiparagraphen zu schaffen, der wirksam und nicht so verwässert ist, wie es die bisherigen Beschlüsse in Wirtschaftspolitischen Ausschuss des Bundestages ergeben haben. In dieses Bündel der Massnahmen der leichten Hand fällt auch die immer wieder von der SPD geforderte Abschaffung bzw. Senkung der Verbrauchssteuern und eine sofortige Revision der Praxis der Einfuhr- und Vorratsstellen, die eingeführte Lebensmittel in einem nicht vertretbaren Rahmen verteuern und den deutschen Verbraucher durch Ausfuhr-Subventionen doppelt belasten. Bisher kann man auf allen diesen Gebieten nur Unterlassungssünden registrieren und der Gedanke des Preisstopps ist praktisch ein Eingeständnis des Scheiterns der Preispolitik der Bundesregierung.

Von besonderer Wichtigkeit sind natürlich die Agrarpreise. Der Bauernverband hat auf seiner 10-Jahr-Feier am Dienstag in Bonn erneut eine

P/XI/252

Erhöhung der Preise für Werkmilch, Fleisch, Butter und Getreide gefordert. Gerade das wäre in der gegenwärtigen Situation der Auftakt für eine Preiswelle, von der man nicht weiss, wohin sie eines Tages führen kann. Niemand sollte der Landwirtschaft kostendeckende Preise verweigern. Aus allgemein politischen und wirtschaftlichen Gründen aber kann die Kostendeckung heute - soweit sie wirklich erforderlich ist - nicht durch eine neue Preiswelle erfolgen. Die Bundesregierung muss sich dann eben zur zeitlich beschränkten und gezielter Subventionspolitik entschliessen.

Der Gedanke des Preisstopps mag für den Augenblick verlockend sein. Aber wie soll er gehandhabt werden? Etwa für jeden Emailleimer? Wenn die Bundesregierung sich endlich aus ihrer Lethargie aufraffen und das vorhandene Instrumentarium der wirtschaftspolitischen Mittel benutzen würde, dann ist es weit eher möglich, die Preise stabil zu halten, als mit einem Preis- und Lohnstopp, der erfahrungsgemäss fast immer zunächst zu grauen und später zu schwarzen Märkten geführt hat.

* * *

Die Drohung der Wahl-Manager

sp. Trotz beschönigender Erklärungen von offizieller Seite ist die CDU über das Ergebnis der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen auf das stärkste beunruhigt, mit Recht. Die Voraussagen verschiedener Meinungsforschungsinstitute in den letzten Monaten sind in ihren Grundzügen voll bestätigt worden, teilweise sind die Ziffern des 28. Oktober weit über sie hinausgegangen, in Richtung auf eine radikale Verschiebung des Schwergewichts von der CDU auf die SED.

Aufschlussreicher als jene Beruhigungspillen, die von massgebenden CDU-Politikern einer äusserst misstrauischen gewordenen Bevölkerung verabreicht wurden, waren erste, mehr gesprächsweise geäusserte Kommentare, die weniger als zweckbestimmte und wohlabgewogene Aussage, sondern vielmehr als spontane Reaktion schwer enttäuschter und verärgelter Funktionäre zu werten waren.

E/XI/252

Sie laufen sinngemäss auf folgendes hinaus: Gut, dass dieser Schlag wenigstens so früh vor dem eigentlichen Wahlkampf für den neuen Bundestag gekommen ist. Es hat bei uns allzu viele gegeben, die sich immer noch zu sicher fühlten, und die vielen alarmierenden Berichte über die rapide schwindende Anziehungskraft der CDU als dumme Panikmache abtun wollten. Sie sind jetzt eines besseren belehrt. Wir werden nun der SPD einen Wahlkampf hinlegen, der sich gewaschen hat und das letzte Jahr vor dem 6. September 1953 wird, verglichen damit, zu einem schüchternen Werten um die Stimmen der Wähler werden. Geld ist genügend vorhanden (wobei kein unvorsichtiges Wort die Quelle verrät, die doch jeder kennt, der an den letzten Bundestags-Wahlkampf denkt). Wir werden unsere Möglichkeiten nutzen (woran niemand zweifelt, der weiss, wie frei von Skrupeln die Wahl-Manager dieser Seite mit Steuergeldern für die eigenen Parteizwecke umzugehen pflegen).

Diese Bemerkung am Abend nach dem Wahltag im kleinen, wohl für unverdächtig gehaltenen Kreis an den Mann gerichtet, setzen im Grunde nur fort, was als künftige Linie der Auseinandersetzung mit der SPD von massgebenden CDU-Propagandisten schon vor längerer Zeit unter der Hand entwickelt wurde.

Man wird also auf mancherlei gefasst sein müssen, und es ist gut, dass das rechtzeitig von kompetentester Seite ausgesprochen wird.

Aber wird das alles Erfolg haben? Wir glauben kaum, denn heute bereits wissen, wie die Kommunalwahlen gezeigt haben, Hunderttausende, die zu Millionen werden können, was sie damals in den ersten Jahren nach der letzten Bundestagswahl merkten: Dass die Überfülle eines kostspieligen Reklameapparates schliesslich nicht die Qualität von Argumenten ersetzen und den wachen Verstand des Einzelnen vernebeln kann. Mehr noch: Je grosspuriger diese Art von politischer Propaganda, untermischt womöglich mit kleinen Schätigkeiten à la Schroth-Scharley auftritt, um so entschiedener und heftiger wird man sich vor ihr dankend abwenden.

* * *

Milchmädchenrechnung

K.G. Sie wurde aufgestellt von der Frankfurter Allgemeinen zur Gemeindevahl. Eigentlich sollte die Kanzlerbeträchtigkeit wenigstens vor den ehernen Gesetzen des seligen Adam Riese haltmachen.

Die FAZ berechnete: Die SPD hätte im Schnitt 8% und die CDU 3% gewonnen, die FDP dagegen 6% verloren. Dabei legte man offensichtlich den prozentualen Anteil im Länderparlament der Gemeindevahlen von 1952 zugrunde. Unter Berücksichtigung der bei der Bundestagswahl von 1953 abgegebenen Erststimmen käme bei einer kommenden Bundestagswahl die CDU von etwa 12 Millionen auf 12,560 Millionen Stimmen, die SPD von etwa 8 Millionen auf 8,640 Millionen Stimmen und die FDP von etwa 2,9 Millionen auf 2,726 Millionen Stimmen. Wenn nun diese drei Parteien allein den Bundestag besetzen würden, so schloss die FAZ messerscharf, hätte die CDU mit etwas mehr als 50% immer noch die absolute Mehrheit und sei durch eine SPD-FDP-Koalition nicht gefährdet.

Abgesehen das solche Konstruktionen aus vielen Gründen irreführend sind, ist der Versuch, Länderprozentualanteile auf die realen Stimmenzahlen der Bundestagswahl zuzurechnen, glatter Betrug.

Bei den Bundestagswahlen erhielt die CDU 6 095 127 Stimmen in den drei Ländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen. Bei den Gemeindevahlen 1956 erhielt sie nur 4 034 434 Stimmen, also 2 060 693 = 33,8% weniger. Auf das Bundesgebiet übertragen - müsste man also einige Millionen Stimmen abziehen - und nicht prozentuale Länderanteile dazuschlagen. Die SPD erhielt bei den Bundestagswahlen im gleichen Raum 4 855 203 Stimmen. Bei den diesjährigen Gemeindevahlen dagegen 5 653 452 Stimmen, also 1 101 417 = 24,2 % mehr.

Würde man nun die gleiche Spielerei wie die FAZ anstellen und voraussetzen, von diesen drei Ländern wäre unter Ausserachtlassung der anderen Parteien mit SPD, CDU und FDP der Bundestag gewählt worden, deren Anteil zusammen also als 100% bewertet, dann käme 1956 die SPD auf 52,1%, die CDU auf 37,2% und die FDP auf 10,7%.

Natürlich sind das unsulässige Erwägungen, denn bei der Bundestagswahl gehen mehr Wähler zur Urne, beteiligen sich alle Länder und schneiden sich noch andere Parteien Teile aus dem 100%-Kuchen heraus. Wie aber die FAZ aus der Niederlage der Adenauer-Partei bei den letzten Gemeindevahlen einen noch grösseren Erfolg als 1953 herausmanipuliert, ist schlechthin unbegreiflich. * * *

Verantwortlich: Peter Geunau.